

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1918**

135 (21.3.1918) Mittagausgabe



# Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe. Weitläufigste Bezugszahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von Ferd. Thiergarten. Chefredakteur: Albert Herzog. Verantwortlich für den Textteil: Anton Rudolph; für den Anzeigenteil: A. Rinderspacher, sämtl. in Karlsruhe i. B. Berliner Vertretung: Berlin W 10

Anzeigen: Die Spaltenkolonien 30 Pf. Die Reklamezeile 1 Pf. Die Reklame an 1. Stelle 1,25 Pf. Die Reklame außerdem 10% Zuzahlung für den Anzeigenteil. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, bei Nichterhalten des Bils, bei gerichtlichen Streitigkeiten und bei Kontanten außer Kraft sein. Postfach: Karlsruhe Nr. 8359.

Bezugs-Preise: Ausg. A ohne „Mittl. Weltansch.“ Ausg. B mit „Mittl. Weltansch.“ In Karlsruhe: Ausgabe A B monatlich Im Verlage abgeholt 1,12 1,32 in d. Briefkasten 1,25 1,45 frei ins Haus ges. 1,25 1,45 Auswärts: bei Abholung a. Postkasseler 1,12 1,32 durch b. Briefträger 1,25 1,37 inkl. 2mal ins Haus Einzelnummer 10 Pf. Geschäftsstelle: Tel- und Lammstr.-Ecke, nächst Kaffeebrücke und Marktplatz

Nr. 135. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Donnerstag den 21. März 1918. Telefon: Redaktion Nr. 309. 34. Jahrgang.

## Das Vertrauen

Es ist die erste Voraussetzung alles gemeinsamen Schaffens und Handelns. Das gilt von den einzelnen Volksgenossen, wie von der Gesamtheit des Volkes, besonders in schweren Schicksalstagen. Volk und Regierung aufeinander bauend und vertrauend sind gefestigt gegen äußere und innere Feinde. In felsenfestem Vertrauen auf den Geist des deutschen Volkes, haben unsere Heerführer glorreiche Siege errungen. Heer und Volk ihrerseits sind erfüllt von unerschütterlichem Vertrauen zur Heeresleitung, der wir so ungeahnt Großes verdanken. Das muß uns wappnen gegen Anwandlungen von Verzweiflung und unser Selbstvertrauen stärken. Wohltaun, zeigen wir in der Heimat, indem wir die neue Kriegs-Anleihe abermals zu einem glänzenden Ergebnis gestalten, daß wir unser Vertrauen nicht erschüttern lassen, daß wir felsenfest bauen auf unsere bewährte Stärke.

## Deutscher Heeresbericht.

(Abendbericht.) **W.B. Berlin, 20. März, abends.** (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues. Auch vor Verdun ließ bei Regen und Nebel die Artillerie an Heftigkeit nach.

## Grenzsicherungen.

(Von einem militärischen Mitarbeiter.) **Br. Berlin, 20. März.** Der Generalfeldmarschall von Hindenburg und der General Ludendorff haben in einer Unterredung, die sie den deutschen Kriegsberichterstellern gewährt haben, auf die Notwendigkeit ausreichender Grenzsicherungen hingewiesen. Im Osten ist dies durch die Friedensverträge, die wir mit Rußland geschlossen haben, erreicht. Es sind dadurch an unserer Ostgrenze neue Grenzstaaten entstanden, die in enger Anlehnung an Deutschland die weitere Entwicklung suchen und finden müssen. Aber die gesamte staatsrechtliche Form, unter der dies erfolgen wird, schwebt augenblicklich noch in den Verhandlungen. Es ist aber sicher, daß wir in mehr oder minder enger Fühlung mit ihnen verbunden sein werden, und daß wir dadurch einen breiten Wall erhalten, der vor unserer augenblicklichen Grenze liegt und sie in genügender Weise sichert. Das Land, das wir 1914 in Ostpreußen erobert haben, wird sich niemals wiederholen. Auch Ostpreußen-Ungarn hat die Siebenbürger Grenzparagangrenge entsprechend verbessert und ist in den Besitz der Höhe und der beherrschenden Höhenstellungen gekommen, so daß es gegen einen neuen rumänischen Überfall sehr viel besser geschützt ist, als dies früher der Fall war. Ebenso hat Bulgarien seine Grenzen durch die Einverleibung der Dobrußa wesentlich verbessert. Ueber die Gestaltung der Grenzen im Süden und Westen der Mittelmächte liegen noch keine genauen Angaben vor. Dazu wird erst dann Zeit sein, wenn auch dort Friedensaussetzungen vorhanden sind. Aber schon jetzt haben die deutschgermanischen Parteien Trolz eine Entschiedenheit angenommen, in der die Verbesserung der Südtiroler Grenze durch Einverleibung des Gebietes der Sieben- und Dreizehner Gebirge gefordert wird. Erfolgt dies, so gelangt Tirol in den ungetrübten Sitz der Südtiroler und der Vorberge der Alpen. Es heißt die beherrschenden Höhenstellungen und ist jederzeit in der Lage, von dort aus nach Süden in die italienischen Tiefebene vorzustoßen. Es bedroht damit jede italienische Truppenanstellung in der Ebene in der empfindlichsten Weise von der Flanke her. Was die Gestaltung unserer zukünftigen Westgrenze anbelangt, so müssen wir uns auf die mehrfachen Erklärungen der verschiedensten Reichsanlagen besinnen, daß auch dort dem Feinde die Einstellorte nach Deutschland verschlossen werden sollen, und daß es unbedingt notwendig ist, daß Belgien wieder unter feindlichen Einfluß gerät und das Aufmarschgelände unserer Feinde wird. Auch der Generalfeldmarschall von Hindenburg hat unter Hinweis auf die noch bevorstehenden Kämpfe gesagt, daß wir auch im Westen keinen weichen Frieden, sondern einen ehrenvollen deutschen Frieden erkämpfen werden. Das kann nur ein solcher sein, der uns die notwendigen Grenzsicherungen verschafft.

## Vom westlichen Kriegsschauplatz.

**Die drohende Offensive.** **Br. Berlin, 20. März.** Einer Züricher Meldung der „S. Z.“ zufolge wird aus Newport gemeldet: Die Nervosität wegen der deutschen Offensivpläne beherrscht auch die amerikanische Öffentlichkeit. Das amerikanische Blatt „Review“ veröffentlicht einen Artikel, in dem es fragt, ob Deutschland die französische oder englische Front angreifen werde. An beiden Fronten sei ein Angriff denkbar, aber alle stimmten überein, daß der Hauptstoß nur gegen Frankreich fällt. England hatte schwere Verluste, aber keine solchen wie Frankreich, dessen Menschenmaterial abnehme. Es sei fraglich, ob Frankreich die großen Verluste ertragen könne. Die amerikanische Militärkritik glaubt nicht, daß die amerikanische Armee in größerer Zahl vor dem Herbst, vielleicht sogar nicht vor dem Frühjahr 1919 bereit sein werde. Es erscheine unwahrscheinlich, daß die deutsche Offensive vor dem April beginnen werde.

## Frankreich zum Endkampf bereit.

**Sch. Genf, 21. März, (Privatteil.)** Der „Magdeburger Ztg.“ wird von hier gemeldet: Eine Pariser Heraldendepeche vom Dienstag meldet: Frankreichs Vorbereitungen zum Endkampf seien beendet. Die verbündeten Militärs-Attachees sind an die Front abgereist. (g. R.)

## Amerikanische Truppenbewegungen im Gange.

**o. Bern, 20. März, (Privatteil.)** Dem „Intelligenzblatt“ zufolge meldet „Morningpost“ aus Washington: Mehrere Divisionen der nationalen Armee erhielten Befehl, sich zum Abmarsch ins Feld bereit zu halten. Entgegen der Annahme, daß die Truppen der aktiven Armee und der Miliz zuerst bereit sein würden, ist nun die Ausbildung der nationalen Armee am weitesten vorgeschritten. Die an die Front abgehenden Truppen wurden durch Offiziere ausgebildet, die schon an der Front gedient haben. (g. R.)

## Gefallene deutsche Flieger.

**W.B. Bern, 20. März, (Nicht amtlich.)** „Mittl.“ zufolge wurden die bei dem zweiten Luftangriff auf Paris abgeschossenen deutschen Flieger Graf Scheibel aus München-Gladbach, Leutnant Frehe, u. Wülfinger und Feldwebel Wolf aus Oldenburg vorgestern auf dem Friedhof von Chateau Tierz beigesetzt.

## Von der Londoner Konferenz.

**— Berlin, 21. März.** Wie die Berl. Morgenblätter berichten, ist auf der Londoner Konferenz über manche Fragen eine Einigung nicht erzielt worden, darunter befinden sich auch wichtige Fragen.

**Sch. Berlin, 21. März, (Privatteil.)** Der „Lokalanz.“ meldet aus Rotterdam: „Manchester Guardian“ berichtet, daß das Ergebnis der Londoner Konferenz der Beschlüsse war, nicht mit den Zentralmächten zu verhandeln und den Krieg als Kraftprobe fortzusetzen. (g. R.)

## Holland unter dem Entendendruck.

Die neue Erklärung des holländischen Ministers des Aeußeren.

**W.B. Amsterdam, 20. März.** Der Minister des Aeußeren Lubon hat heute vormittag in der Zweiten Kammer nochmals über die Schritte der niederländischen Regierung in der Schiffsfrage eine Erklärung abgegeben. Nach Blättermeldungen erklärte der Minister, daß die Regierung anfangs die Absicht gehabt habe, die Forderung der alliierten Regierungen zurückzuweisen, daß sie aber nach gründlicher Ueberlegung davon wieder abgekommen sei und die Bedingungen namentlich mit Rücksicht auf die Volksernährung angenommen habe. Sie habe in Washington gegen die Drohung, die Schiffe zu beschlagnahmen, protestiert.

Der Minister gab nochmals einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen und sagte: Er habe den alliierten Regierungen die Bedingung gestellt, daß die Einfuhr von 400 000 Tonnen Weizen gestoppt und daß 100 000 Tonnen sofort geliefert werden sollen. Dieser Weizen ist durch niederländische Schiffe einzuführen. Der Minister hofft, daß Deutschland kein Hindernis in den Weg legen und daß es die freie Fahrtrinne für die Schiffe offen lassen werde. Die Haltung Hollands stehe nicht im Widerspruch zu seiner Neutralität. Die Regierung hätte die Forderung der Alliierten gleich zurückweisen können, und würde sich dabei den Beifall des Volkes gesichert haben, aber sie dürfe sich nicht mit einem solchen augenblicklichen Popularitätserfolg begnügen, da sie weitergehen müsse und könne, als das Volk und die Volksernährung. Der Minister schloß damit, daß er sagte, das niederländische Volk kann vollkommen versichert sein, daß die Regierung keinen Schritt weitergehe, als bisher.

Nach dieser Erklärung kam es zu einer kurzen Debatte. Der Abgeordnete van Dorn erklärte, er habe keine Ursache, der Regierung sein Vertrauen zu verlagern. Troelstra sagte: Die Haltung der Regierung bilde keinen Widerspruch für die Neutralität Hollands. Darauf wurde die Debatte geschlossen.

## Englische Schiffsmaßnahmen.

**W.B. Amsterdam, 20. März, (Nicht amtlich.)** Einem hiesigen Blatt zufolge erhielten die englischen Schiffe in Rotterdam erneut den Befehl, sich auf den ersten Abbruch zur Ausreise bereit zu halten.

**W.B. Haag, 20. März, (Nicht amtlich.)** Das Korrespondenzbüro erzählt, daß der englische Gesandte dem Minister des Aeußeren mitgeteilt habe, daß englische Schiffe, die englische Häfen anlaufen, den Schiffsnamen in weißen Buchstaben auf schwarzem Grunde zeigen müssen. Der Name muß auf eine Entfernung von doppelter Schiffslänge lesbar sein. Alle Schiffe müssen an der ersten Kante der Brücke eine, große Schiffe zwei Plakate zeigen.

## Das Vorgehen gegen die englischen Schiffe.

**Sch. Genf, 21. März, (Privatteil.)** Londoner Telegramme der Pariser Blätter melden über den Inhalt des letzten Ultimatus an Holland, daß im Interesse einer weitgehenden Ausnützung des verfügbaren Schiffsraumes für die Alliierten der Schiffsverkehr zwischen den Niederlanden und seinen Kolonien der Kontrolle der Alliierten zu unterstellen sei. (Neue Hamb. Ztg.)

**W.B. Amsterdam, 20. März.** Die niederländische Presseagentur meldet aus Baltimore, daß die niederländischen Schiffe

aus Singapore nicht ausgelassen sind. Auch in Hongkong, Kalkutta, Penang und Colombo werden holländische Schiffe festgehalten.

**Sch. Genf, 21. März, (Privatteil.)** „Welt Journal“ meldet aus London: Die Beschlagnahme der holländischen Schiffe in den englischen Häfen erfolgt am 23. März früh durch königliche Dredge. (g. R.)

Noch keine Einstellung der Kohlenausfuhr nach Holland.

**— Berlin, 20. März.** Die „Köln. Ztg.“ meldet von hier: Die Nachricht eines holländischen Blattes, daß Deutschland bereits die Kohlenausfuhr nach Holland eingestellt habe, ist unzutreffend.

## Aus der Ukraine.

### Luftverbindungen Wien-Kiew und Budapest-Dessa.

**W.B. Wien, 20. März.** Die „Neue Presse“ meldet: In den nächsten Tagen wird eine Luftverbindung zwischen Wien und Kiew mit Etappenstationen in Krakau und Lemberg, ferner der Luftverkehr von Budapest über Buzarest nach Odesa, vielleicht nach Konstantinopel eingerichtet werden. Borek soll die neue Luftverbindung zur Vermittlung der Post zwischen den Zentralmächten und der für die Erfassung und Ueberwachung der für Deutschland im Betracht kommenden Getreidevorräte in die Ukraine entsandten Kommission des Grafen Fergas dienen. Nach kurzer Zeit der Erprobung soll die Luftpost zunächst auf eine Strecke für den öffentlichen Postverkehr festgelegt werden.

## Aus Rumänien.

### Bündnis Rumäniens mit den Mittelmächten?

**— Wien, 20. März, (Privatteil.)** Nach der Meldung des Wiener f. f. Tel. Corr. Büro melden die Blätter, daß der neue rumänische Ministerpräsident Marghiloman ein Bündnis mit den Mittelmächten anstrebt. Die Blätter äußern sich sympathisch zu diesem Plan und erkennen in ihm den Beweis sowohl dafür, daß Rumänien eingesehen hat, wo seine wahren Vorteile liegen, wie auch dafür, daß es den abzuschließenden Frieden ebenfalls als einen Verständigungsfrieden betrachtet. Die rumänische Regierung würde ein Bündnis kaum anstreben, wenn sie einen kommenden Friedensschluß als eine Demütigung oder als Bedrohung der Lebensinteressen Rumäniens ansehen müßte.

## Die Dinge in Ostafrika.

### Einigung zwischen den Sowjets und China.

**W.B. Petersburg, 19. März, (Nicht amtlich.)** Reuter. Die Sowjetbehörden in Sibirien sind zu einer Einigung mit der chinesischen Regierung über die Regelung der Grenzfrage gelangt.

## Deutschland und der Krieg.

**— Berlin, 21. März.** Laut „Berl. Lokalanz.“ soll ein Abschiedsgesuch des Oberpräsidenten von Rheinababen genehmigt sein.

**— Berlin, 21. März.** Wie die „Berliner Tagbl.“ berichtet, hat die fortschrittliche Volkspartei zur Reichstagswahl in Niederbayern die Parole für den Kandidaten der Sozialdemokratischen Mehrheitspartei, Wiesel, aufgegeben.

## Zur polnischen Frage.

**W.B. Warschau, 20. März.** Die Wahlen zum polnischen Staatsrat finden am 9. April statt.

**— Posen, 21. März.** Der „Berl. Lokalanz.“ berichtet von hier: Die polnischen Reichstagsabgeordneten Sedya und Prätlat Stycha sind erkrankt und haben einen mehrwöchigen Erholungsurlaub angetreten.

## England und der Krieg.

### England und die Vorgeschichte des Krieges.

**Sch. Zürich, 21. März, (Privatteil.)** Der „Secolo“ meldet aus London, eine Veröffentlichung neuer englischer Schriftstücke über die Vorgeschichte des Krieges stehe unmittelbar bevor, wie von der Regierung im Parlament mitgeteilt wurde. (g. R.)

## Aus Spanien.

### Garcia Prietos Rücktritt.

**W.B. Madrid, 20. März, (Nicht amtlich.)** Wie das Reutersche Büro erzählt, teilt der Ministerpräsident Garcia Prieto der Kammer mit, daß das Kabinett zurücktritt. In der spanischen Kammer wird berichtet, Kriegsminister Cierwa habe seinen Rücktritt auch diesmal und zwar unabweislich erklärt.

## Norwegen und der Krieg.

### Gärung unter den norwegischen Fischern.

**o. Zürich, 20. März, (Privatteil.)** Die „S. Z.“ erzählt aus Kristiania: Da die Gärung unter der Fischerbevölkerung in Norwegen sehr groß ist und bolschewistische Tendenzen sich immer mehr ausbreiten, die schließlich dazu führten, daß die Fischerbevölkerung einen direkten Verkehr mit Nordbrabant einrichtete, beschloß die norwegische Regierung, Truppen in Stärke von 250 Mann nach Tromsø zu entsenden. (g. R.)



Deutscher Reichstag.

1918. Berlin, 20. März. Am Bundesratssitz: Büdlin, v. Wisberg, v. Couppette, v. d. Busche.

Vizepräsident Dr. Baaske eröffnet die Sitzung um 2.25 Uhr. Zweite Lesung des Gesetzes betr. die Änderung des Postgesetzes. Abg. Naden (Zentr.) empfiehlt namens des Hauptausschusses unveränderte Annahme der Vorlage, die hauptsächlich die Förderung des bargeldlosen Verkehrs sei.

Abg. Südekum (Soz.): Das beste Mittel, den Postverkehr populär zu machen, ist die Postfreiheit. Wir stimmen der Vorlage zu. Die Stammguthaben und die Einlagen sollten verzinsbar gemacht werden.

Damit schließt die Aussprache. — Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht des Reichshaushaltsausschusses über den Antrag über Ertrag einer Bundesratsverordnung betr. die Überwachung der für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe.

(Angelegenheit Daimler.) Der Ausschuss beantragt drei Entscheidungen auf Überwachung der Geschäftsbücher und anderer für die Berechnung der Preise maßgebende Unterlagen, Errichtung von Preisprüfungsstellen bei sämtlichen Zentralbeschaffungsstellen für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine und Schaffung einer Zentralprüfungsstelle für Kriegslieferung, deren Aufgabe es ist, die Tätigkeit aller einzelnen Prüfungsstellen zu überwachen.

General v. Wisberg: In der Angelegenheit der Daimler-Gesellschaft ist von der Königl. Staatsanwaltschaft in Stuttgart ein Strafverfahren wegen mehrfachen Betrugs und Kriegswucher eingeleitet. Vom Reichsanwalt wird untersucht, ob durch die von der Firma angeordnete Einschränkung der Produktion Landesverrat begangen worden sei. Solange das Verfahren schwebt, müssen wir uns ein Urteil verweigern. Die Daimler-Gesellschaft hat in einem Ultimatum die Einschränkung des Betriebes angeordnet. Es ist hies anerkannt worden, daß die Daimler-Werke hohe Qualitätsarbeit geleistet haben, die allerdings weniger der kaufmännischen als der technischen Leitung und der Arbeiterschaft zu danken ist. (Sehr richtig.) Ingefolgt dieser hohen Leistung muß eine Einschränkung der Produktion vorgebeugt werden. Als trotz wiederholter Aufforderung die Kalkulation nicht vorgelegt wurde, mußte aufgrund des § 89 des Belagerungszustandes eingeschritten werden; dann ist die Drohung der Firma schließlich zurückgenommen worden, weil sie die Militarisierung ablehnen wollte. Die Militarisierung ist nicht infolge der Angaben eines früheren Beamten allein angeordnet. Nicht die letzte Preisserhöhung hat 50 Prozent betragen, sondern dieser Satz wurde durch eine große Reihe von Preissteigerungen erreicht. Unrichtig ist der Vorwurf, die Heeresverwaltung habe nicht früh genug eingegriffen. Anlag dazu hatten wir erst, als die Lieferung in Frage gestellt wurde. Jetzt müssen wir erst das Gerichtsurteil abwarten. Die hohen Gewinne der Firma können auch aus anderen Quellen herkommen. Die Militarisierung hat getan, was im Interesse der öffentlichen Sicherheit notwendig war. Es ist nichts zu verdienen, sie hat nichts zu verdienen, sie wird auch nichts verdienen. Klarheit wird und muß geschaffen werden. Man darf aber von Richterpruch nicht vorziehen.

Abg. Erzberger (Zentr.): Daß Deutschland den Krieg nicht wollte, geht schon daraus hervor, daß wir nicht einmal die nötigen Rohstoffe hatten. Ohne die glänzende Erfindung von Erbsenöl wären wir schon längst erledigt. Die Stilllegung von kleinen Betrieben darf nicht übermäßig erfolgen. Wenn die Preise sich weiter zu entwickeln, wird unser ganzes wirtschaftliches Leben gefährdet, und wir sind nach dem Frieden auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig. Bei der Preisgestaltung gehen die Kriegsgesellschaften mit schiedem Beispiel voran. Reibhaft zu bedeuten ist, daß die Angelegenheit Daimler überhaupt den Reichstag und die Öffentlichkeit beschäftigen muß. Die Kalkulation ist eine direkte Verzerrung des Kriegsmaterials. Als man sie dem Reichstage zuzuführen glaubte man wohl, dieser Zielsetzung könne man alles zumuten. Leider gibt es nicht nur diesen einen Daimler im Vaterlande. Einen erheblichen Teil der Schuld trifft das Kriegsmaterial. Die unendliche Schuld dieser Firma gegenüber — ein Beweis, daß vom Militarismus keine Rede sein kann — sollte auch dem armen ungeschützten Rekruten gegenüber gelöst werden. Wir fordern rücksichtsloses Vorgehen gegen alle Schuldigen in den Fällen Daimler und Behr-Rinnow.

Generalscheidungsmeister Couppette: Es galt bei Kriegsausbruch möglichst große Mengen Waffen, Munition und sonstige Heeresgeräte in kürzester Zeit zu beschaffen. Bald nach Beginn des Krieges mußten die Beschaffungsstellen neuorganisiert werden. Es wurden für Gohlfosse und Zinder alsbald vier Interessentkreise gegründet: Spandau, Duisburg, München und Dresden, wodurch die Produktion und die Preisregulierung sichergestellt werden sollten. Gemeinliche Konferenzen fanden statt. Beteiligt waren viele tausend Einzelwerke. Hierfür die Einheitspreise festzusetzen war unmöglich. Für die Kalkulation haben die Staatsinstitute erhebliche Dienste geleistet.

Abg. Koste (Soz.): Die geforderte Bundesratsverordnung soll nicht nur ein Unternehmen treffen wie Daimler, das eine schamlose und gemeingefährliche Erpressung verübt, sondern alle, die während des Krieges während der Not des Volkes sich riesige Gewinne zu verschaffen wußten. Während auf dem Balken eine Schicht im Golde, das sind die Kriegsgewinne der Vaterlandspartei. Jedenfalls werden die Daimlerleute nicht für zuchttaureich erklärt werden wie arme Arbeiter, die schnellstens abgerufen wurden. Weil in den Kriegsjahren Großkapitalisten und Schwerindustrie ihren, ist es begreiflich, daß der Industrie große Gewinne zuzufloßen. Wenn das Kriegsmaterialium aus Sachverständigen aus der Arbeiterschaft zugezogen hätte, hätten viele Millionen erspart werden können. Der Versuch muß nachgeholt werden. Wir wollen den Kapitalismus so rasch wie möglich niederringen, um die Ursache der modernen Kriege zu beseitigen.

Abg. Gothein (F. Sp.): Für die Kriegszeit wäre es günstig gewesen, wenn dem Verlangen des Reichstages entsprochen worden wäre, in Friedenszeiten nicht einen kleinen Kreis von Industriellen ein Monopol auf die Heereslieferungen zu geben. Es grenzt an Bestechung, wenn schon jetzt Beamte aus den Kriegsjahren von der Industrie weg engagiert werden. Unter den Holzpreissteigerungen werden die Löhner, und die heimkehrenden Krieger werden die Mädelpreise nicht erwinden können. Die Holzpreise sind bei uns günstiger als im Ausland. Im übrigen müssen wir aber erst wieder konkurrenzfähige Rohstoffpreise erhalten. Die Kaufkraft des Handels muß wieder gehoben werden. Wer hat dem Kammerherrn von Behr-Rinnow die enormen Sachpreise bewilligt? Das Kriegsmaterialium darf nicht höhere Preise bewilligen, weil diese irgendwelchen wohlthätigen Zwecken zugute kommen sollen. Andererseits wird sehr gekauert. Die deutschen Kaufleute in Belgien werden wesentlich schlechter behandelt als die Belgier. Das Reich muß pariam wirtschaften. Wir hoffen auf einen dauernden Frieden auch im Interesse der Moral des deutschen Volkes in allen seinen Gliedern.

General von Scheuch: Der Abg. Koste hat die Tätigkeit einer Reihe von sachverständigen Herren in den Kriegsjahren beanstandet. Wir haben dem Dingen nachgegeben, den kaufmännischen Geist bei uns einzulassen zu lassen. Herr Koste will ihn jetzt wieder heranziehen. Die Rennung von Namen schadet nicht. Die Herren und ihre Tätigkeit vor allem haben dafür viel zu hoch. Es ist angeordnet worden, daß Handwerker möglichst an ihren Wohnorten eingesetzt werden. Materieell am meisten geschädigt ist der Mittelstand. Ihm muß wesentlich geholfen werden.

Darauf tritt Beratung ein. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr: Anfragen, Nachtragsetat, Friedensvertrag, Fortsetzung der heutigen Tagesordnung. Schluß 1/8 Uhr.

Zur Geschäftsfrage des Reichstages.

1918. Berlin, 20. März. (Nicht amtlich.) Der Beschluß des Hauptausschusses des Reichstages, beim Präsidenten dahin zu wirken, daß im Interesse der Vorbereitung der Friedensverträge am Donnerstag eine Sitzung der Vollversammlung anberaumt werde, hat den Vizepräsidenten des Reichstages veranlaßt, sich erneut über die Geschäftslage zu beschreiben. Es wurde eine Entscheidung dahin erzielt, dem Beschluß des Hauptausschusses Rechnung zu tragen. Die

Sitzung am Freitag beginnt um 12 Uhr mittags mit der Tagesordnung: zweite, vierte und dritte Lesung des Abetats, dritte Lesung der Kreditvorlage, zweite Lesung des Friedensvertrages. Am Samstag steht auf der Tagesordnung die dritte Lesung des Friedensvertrages, außerdem Kriegsausgleich zu den Gerichtslosten und Neubau der Reichshandelsverwaltung. Am Samstag dieser Woche beginnt die Osterpause, deren Dauer um 8 Tage, bis zum 16. April, verlängert werden soll.

Aus dem Hauptausschuß des Reichstages.

1918. Berlin, 20. März. Im Hauptausschuß des Reichstages erklärte bei Beratung des Friedensvertrages mit Rußland ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, die Entscheidung über die Eigentumsrechte an dem ehemaligen russischen Staatsvermögen sei noch vorbehalten. Unterstaatssekretär v. d. Busche teilte mit: Eine Abordnung des litauischen Landesrates werde am 22. März in Berlin eintreffen.

1918. Berlin, 20. März. Der Hauptausschuß des Reichstages nahm den 5. Antrag zum Reichshaushalt betr. Grundbesitz zu einem Neubau für die Reichshandelsverwaltung (8 Mill. Mark) an. Eine kurze Anfrage über die Fliegerangriffe auf offene Städte.

Manheim, 21. März. Reichstagsabg. Oscar Geßmann hat im Reichstag folgende kurze Anfrage gestellt: Verlässlichen Zeitungsmeldungen zufolge haben sich sowohl in der französischen Kammer, wie ganz besonders auch im Gemeinderat der Stadt Paris in den letzten Tagen ernste und dringliche Stimmen erhoben, die einer Verständigung der kriegführenden Parteien über die Einstellung der Fliegerangriffe auf offene Städte außerhalb der Kriegszone das Wort reden. Und nach einer Meldung schweizerischer Blätter berichtet der dem Vatikan nahestehende „Corriere d'Italia“, der Papst prüfe zur Zeit Mittel und Wege, um unter den Kriegführenden ein Abkommen über den Luftkrieg herbeizuführen. Sind diese Nachrichten zur Kenntnis der Reichsregierung gekommen? Und ist der Herr Reichstagsabg. zu einer Erklärung darüber bereit, welche Stellung die Reichsregierung zu den obigen Bestrebungen einnimmt?

Badischer Landtag.

Erste Kammer.

Karlsruhe, 20. März. In der heute fortgesetzten Beratung des Staatshaushalts berichtete zunächst Herr von Wenzingen über den Titel „Landwirtschaft“ und weist dabei u. a. auf die große wirtschaftliche Zukunft Ostpreußens hin. Aber auch in Deutschland könne der landwirtschaftliche Anbau noch gefördert und erweitert werden. Das gelte vor allem für den Flach- und Hanfbau, der infolge der ungenügenden Zollverhältnisse stetig zurückgegangen sei. Im badischen Ackerbau haben wir noch sehr viel zu tun. Unsere Stofffabriken werden nach dem Kriege um die doppelte Menge Stoff liefern können, als vor dem Kriege. Das wird in den landwirtschaftlichen Betrieben geradezu revolutionierend wirken. Der dann erzielte Mehrertrag wird uns bald aus allen Nahrungsmitteln herausbringen. Leider fehlt bei uns auch die Bodenarbeit, die Landwirtschaft freuen wußten den Dünger hinaus. Für die Weiterbildung unserer Landwirtschaftslehre muß mehr geschehen. Die Regierung hat sich dazu entgegenkommend gezeigt. An der Errichtung einer landwirtschaftlichen Abteilung an der Techn. Hochschule hat die Landwirtschaftskammer lebhaftes Interesse. Die Landwirtschaftskammer hat die Frage eingehend geprüft und ist zu dem Schluss gekommen, daß das landwirtschaftliche Institut lebensfähig sein kann, wenn es großzügig angelegt wird. Zu fürchten ist aber, daß der Plan der Errichtung eines solchen landwirtschaftlichen Instituts an der Finanzverwaltung scheitert. An der Techn. Hochschule wäre die Errichtung eines Lehrstuhls für landwirtschaftliche Maschinen erwünscht. Eine außerordentlich schwierige Frage ist die Beschaffung landwirtschaftlicher Arbeiter. Durch die hohen Löhne, welche die Militärbehörde in manchen Betrieben zahlt, entzieht sich der Landwirtschaft ihre Arbeiterkräfte. Die Landwirtschaft im badischen Oberland ist dadurch direkt gefährdet. Auch in der Frage der Gespanne macht die Militärbehörde neuerdings Schwierigkeiten.

Detonomiarat Sängler erörtert die Tätigkeit des geschäftsführenden Direktors der Landwirtschaftskammer an. Bei dem sehr ausgedehnten Arbeitsfeld der Landwirtschaftskammer sind gewiß Fehler unterlaufen, im großen ganzen kann man aber doch wohl sagen, alles, was die Landwirtschaftskammer tat, ist korrekt war. Die Beschäftigung von Jungmännern in der Landwirtschaft hat sich bemerkt. Der Redner verbreitet sich im folgenden eingehend mit der Tätigkeit der Landwirtschaftskammer u. nimmt sie gegen die verschiedentlichen Angriffe in Schutz. Die Landwirtschaftskammer habe den badischen Landwirten 10 000 Pferde vermittelt, und die Badische Ostpreußenfrage, über die so viel geschimpft worden sei, habe 1,3 Millionen Zentner Obst geliefert. Völlig ungerechtfertigt sei der Vorwurf, die Landwirtschaftskammer mache zu hohe Gewinne. Man müsse diese den großen Aufwendungen gegenüberstellen, denn werde man ein klares Bild erhalten und erkennen, daß von der hohen Gewinnen nicht mehr übrig bleibe. An der Landbank allein werde sich die Landwirtschaftskammer mit 6-700 000 M. beteiligen und zur Kapitalvermehrung sollte sie einen Beitrag von gegen 100 000 M. zahlen. In Friedenszeiten würden an die Landwirtschaftskammer so große Neuankordnungen gestellt werden, daß dazu gar nicht genug Geld vorhanden sei. Die Genossenschaften hätten unter den Landwirten aufläuternd gewirkt. Zwangsgenossenschaften seien nicht erwünscht. Gewiß sei, daß die Landwirtschaft gute Einnahmen hätte. Die Sparkassen der Städte zeigten aber ebenfalls steigende Tendenz. Von einem Produktionszwang könne in der Landwirtschaft keine Rede sein. Die Selbstproduktion der Städte habe gezeigt, wie teuer sich ein landwirtschaftlicher Betrieb stellt und habe die Höhe der Preise gerechtfertigt; ein in südlichen Milchviehwirtschaften erzeugter Liter Milch koste 80 Pfennig bis 1,20 M. An der heutigen Milch- und Fettmarkt sind wir zum Teil selbst schuld; vor dem Kriege hatten wir eine Milchschwemme. Es gab Milch genug, aber sie wurde nicht getrunken, und man durfte es nicht wundern, wenn mancher Landwirt daraufhin sein Milchvieh abkassierte.

Bürgermeister Bierneißel-Lauba bepricht die Schweine- und Ferkelpreise. — Geh. Rat Dr. von Derschhäuser bepricht sich mit der Frage des landw. Unterrichts und führt dann aus, daß man im Hinblick darauf, daß viele badische Landwirte an außerbadischen landw. Instituten sich auf ihren Beruf vorbereiten, ein Bedürfnis für ein landwirtschaftliches Institut erlitten müßte. Dafür spreche auch, daß seit 85 Jahren immer wieder diese Fragen auftauchen. Nur wenn die finanziellen Bedenken ganz unmöglich seien, müsse man die Frage fallen lassen. Die finanziellen Bedenken ließen sich aber zerstreuen, und man müsse zu dem Schluss kommen, daß nur an der Techn. Hochschule Karlsruhe ein solches Institut errichtet werden könne, wofür jetzt schon eine große Anzahl von Lehrkräften vorhanden sei, die in den Dienst des neuen Instituts gestellt werden können. Walle man das landwirtschaftliche Institut aber nach Freiburg oder Heidelberg verlegen, so müsse man auch die Fortbildung von Karlsruhe wegnemen, von deren Ausbeugung sehr nachdem der Plan der Errichtung eines landw. Instituts in den Vorbergrund gedrückt sei, nicht mehr gesprochen werden könne.

Herr von Stöckingen erörtert die Frage der Ueberlassung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft. Notwendig sei eine bessere Ausbildung der Landwirte; deshalb sei ein weiterer Ausbau der landw. Schulen zu empfehlen. Das sei viel notwendiger als die Schaffung eines landwirtschaftlichen Instituts. Fortsetzung der Beratung nachmittags 4 Uhr.

Karlsruhe, 20. März. In der Nachmittagsitzung betonte Kommerzienrat Heißlauff bei der fortgesetzten Beratung des Titels „Landwirtschaft“, daß die Bereitwilligkeit, Arbeitskräfte und Gespanne für die Landwirtschaft abzugeben, bei der Militärbehörde fortbestehen, wenngleich durch die Zeitverhältnisse dieses Engenommenen etwas erschwert sei. Es seien aber Verhandlungen erlassen, damit der Landwirtschaft für die Saatzeit Mannschaften und Gespanne zur Verfügung gestellt werden könne. — Herr von Güler bepricht im folgenden die Nachteile der Sommerzeit besonders für die Landwirtschaft. — Detonomiarat Sängler bepricht, daß bei vermehrten

Arbeitskräften sich eine Produktionssteigerung der Landwirtschaft erzielen lasse.

Staatsminister Herr von Bodman, führte aus, daß es sich in der Zollfrage mit Oesterreich nur um unverbindliche Besprechungen gehandelt habe. Die süddeutschen Interessen würden gewahrt werden. Hinsichtlich seiner Erzeugnisse stehe Baden, nicht sowohl hinter den anderen Staaten zurück, wie das von dem Berichterstatter dargestellt worden sei. Jedenfalls seien die badischen Erzeugnisse besser, als diejenigen in Württemberg. Die Errichtung einer landwirtschaftlichen Abteilung an einer der Hochschulen des Landes würde einen Aufwand von 150 000 M. verursachen. Ob eine solche Summe aufgebracht werden könne, sei immerhin fraglich. Die Frage der Arbeiterbeschaffung für die Landwirtschaft sei in der Tat sehr schwierig. Aber so viel könne doch gesagt werden, daß die russischen Gefangenen noch einige Zeit bei uns bleiben werden und daß für diese Leute keine Gefahr bestehe, die Russen zu verlieren. Die Ueberlassung der älteren Jahrgänge ist augenblicklich infolge der vorliegenden Ereignisse nicht in dem Maße durchzuführen, wie das gewünscht und auch zugeagt worden ist. Als Ausnahme in der Landwirtschaft werden wieder Jungmännern bereit gestellt, die sich bewährt haben. Die Landwirtschaftskammer hat uns im Kriege große Dienste geleistet. Wir müßten froh sein, sie zu besitzen. Der Staatsminister schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung an alle Kreise, mitzumachen, damit die Einigkeit zwischen Stadt und Land weiter gefestigt wird.

Damit ist der Titel „Landwirtschaft“ erledigt. Wirkl. Geh. Rat Seubert erstattete daraufhin Bericht über die Titel „Wasser- und Straßenbau“, „Reinegulation“ und „Bergwesen“ und in Verbindung damit über die Petition des Vereins badischer Bezirksgeometer um Besserung der Mißstände im Vermessungswesen. Die Petenten wollen eine bessere Ausbildung der Geometer, Ausschaltung der Privatgeometer und einen Fachmann an der Spitze des Vermessungswesens. Dem Antrag des Hauptausschusses entsprechend wurde die Petition durch die Erklärung der Regierung für erledigt erklärt. Die Titel wurden ohne Debatte angenommen. — Bürgermeister Bierneißel-Lauba unterrichtete die Petition der Geometer. — Geh. Kommerzienrat Engelhard-Mannheim berichtete den nach über den Vorschlag des Finanzministeriums.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Der Berichterstatter hat auch die Kriegsgewinne berührt. Man muß dabei unterscheiden zwischen denjenigen Kriegsgewinnen, die unter strenger Beachtung anerkannter kaufmännischer Grundsätze erworben worden sind, und solchen, deren Erwerb sich über diese Grundsätze hinwegsetzt. Letztere können als wucherische Ausbeutung der Notlage des Vaterlandes nicht freigegeben werden. In einer Rede hat Abg. Dietrich die Hauptaufgabe gestellt, daß die Reichshandlung nur aus Beträgen entstanden sei durch die Aufwendungen für Unternehmern und Arbeitslohn. Er folgerte daraus, daß das Reich zur Herabminderung seiner Schuld auf die Vermögen greifen müsse. Wenn das richtig wäre, müßten die Kriegsgewinne einen ganz großen Umfang annehmen. Der Abg. Dietrich vertritt, daß die Aufwendungen sich nicht aus Kriegsgewinn und Arbeitslohn zusammensetzen, sondern hauptsächlich aus den Vergütungen für das Rohmaterial. — Der Vorschlag des Finanzministeriums wurde genehmigt und die Weiterberatung wird auf Donnerstag vormittags 10 Uhr festgesetzt. — Schluß der Sitzung 1/8 Uhr.

Aus der Schulkommission der Zweiten Kammer. Karlsruhe, 20. März. Die Schulkommission der Zweiten Kammer setzte die Beratung über das Fortbildungsgesetz fort. Dabei wurden die vorgelegenen Unterrichtspläne einer eingehenden Beachtung unterzogen. Den Vertretern des Zentrums erscheint der Lehrplan zu reichhaltig, so daß der eigentliche Zweck nicht erreicht werden würde. Statt Turnen verlangt das Zentrum Erweiterung dieses Bereichs durch Erziehung mit „körperliche Übungen“, worunter auch Wanderungen und anderes mehr verstanden werden könnten. Gegen die Fügung des Kleintendes als Unterrichtsgegenstand best das Zentrum gleichfalls Bedenken. Von sozialdemokratischer Seite wird größtmögliche Selbständigkeit für die Ausführenden und Befehlshaber der staatlichen Aufsichtsbehörde auf das notwendigste beschränkt. Bei Neuabfassung des Lehrbuches sollen Lehrer, die bereits Fortbildungsaufunterricht erteilen, zugezogen werden. Die fortgeschrittenen Übungen dürften nicht zur Substanzielle ausarten. Minister Dr. Hübsch erklärt, der Unterricht soll nicht ausschließlich an das Lehrbuch gebunden sein, sondern den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden.

Bezugscheinverfahren für die Kartoffelversorgung. Karlsruhe, 21. März. In der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Ernährungsfrage der 2. Kammer wurde die Zulassung des Bezugscheinverfahrens für den Rest der Kartoffelversorgungsperiode vom 20. Mai bis 3. August 1918 besprochen. Dem Ministerium des Innern lag hierüber ein entsprechender Antrag der Stadt Karlsruhe vor, während sich andere Städte wie Mannheim, Freiburg, Naftatt und Pforzheim dagegen ausgesprochen hatten. Von dem Regierungsvizepräsidenten wurde erklärt, daß die Generaldirektion der bad. Staatsbahnen mitgeteilt habe, von ihrer Seite beständen keine Bedenken für die Wiedereinführung des Bezugscheinverfahrens. In dem Ausschluß wurde die Befürchtung einer Ueberverförmung eines Teils der städt. Bevölkerung laut. Die Ueberverförmung überwiege die Mehrheit des Ausschusses sprach sich gegen das Bezugscheinverfahren für die restliche Versorgungsperiode aus mit Ausnahme eines fortschrittlichen und eines sozialdemokratischen Abgeordneten. Dagegen wurde gewünscht bei der neuen Ernte 1918 die Versorgung durch das Bezugscheinverfahren wieder zu ermöglichen.

Vermischtes. Würzburg, 21. März. Der „Berl. Lokalan.“ berichtet von hier: Ein Landsturmann, der nach unerlaubter Entfernung von seinem Truppenteile festgenommen worden war und auf dem Wege nach dem Arrestlokal die Flucht ergriffen hatte, ist von dem ihn transportierenden Unteroffizier erschossen worden.

Zur Katastrophe von Courneuve. Paris, 20. März. (Nicht amtlich.) In der gestrigen Kammeritzung verlangte der Minister Pams einen vorläufigen Kredit von fünf Millionen Franken, um den Opfern der Explosionskatastrophe von Courneuve, Reanville und Moulins zu helfen. Berichtende Abgeordnete, darunter Lavalle, verlangen eine Erhöhung des Kredites auf 20 Millionen Franken, dem sich aber der Finanzminister unter dem Hinweis darauf widerrückte, daß die Regierung über einen Kredit von 120 Millionen für weitere Hilfsleistungen verfüge. Auch bei der Interpellation über die Katastrophe von Courneuve, führte Lavalle aus, daß bloß für 200 000 Granaten Platz gewesen sei, daß dessen habe man 15 Millionen Granaten in Courneuve eingelagert, 11 700 000 Gewehrgranaten und 3 Millionen Granaten mit Artillerie Modellen. Auch habe man in Courneuve alle Granaten mit Artillerie Modellen sowie Phosphorgranaten, die sich beim Zufallstreffen selbsttätig entzündeten, eingelagert. Der Depotchef habe auf die Selbsttätigkeit des Kanens von Courneuve wiederholt aufmerksam gemacht, ohne daß die Regierung Besserungen vorgenommen hätte. Munitionsminister Lougeui versprach scharfe Maßnahmen gegen die Schuldigen und Vorkehrungen gegen die Wiederholung einer solchen Katastrophe.

Wanzen. Läufe, sowie anderes angeleitet, sind Brut vernichten wir in Koffern, in reiten, Garaden, Mietshäusern etc. unter, neuen absolut zuverlässigen Verfahren. D. V. G. U. Anton Springer, Karlsruhe, Ertlingerstraße 51, Tel. 2340.







